

Frank Bösch: „Deals mit Diktaturen“

Eine andere Geschichte der Bundesrepublik

Von Peter Carstens

Deutschlandfunk, Andruck, 19.02.2024

Während viele Westdeutsche nach 1945 lernten, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte universell zu achten, gingen ihre Bundesregierungen von Adenauer bis Brandt und sogar Kohl lange andere Wege, wenn es um Geschäfte mit Diktaturen ging. Jahrzehntlang blühten Geschäfte und bedenkenlose Staatsfreundschaften mit Potentaten in Afrika, Lateinamerika und den europäischen Militärdiktaturen, wie der Historiker Frank Bösch in seinem Buch „Deals mit Diktaturen“ zeigt.

Der rasante Aufstieg der deutschen Westrepublik ist eine Erfolgsgeschichte. Eine Grundlage dieses Wirtschaftswunders waren allerdings zum Teil „Deals mit Diktaturen“, so der Titel einer Studie von Frank Bösch. Sein Buch zur westdeutschen Außenpolitik seit 1949 schildert akribisch und anekdotenreich dunkle Seiten des Wiederaufstiegs. Dabei geht es um Waffen, sensible Waren und gefährliches Wissen. Weil anfangs kein westliches Staatsoberhaupt nach Bonn kommen wollte, wurden Potentaten am Rhein umso pompöser empfangen, so Äthiopiens Kaiser Haile Selassie, der 1954 als erster offizieller Staatsgast anreiste.

„Als Selassie mit goldbestickter Gala-Uniform voller Orden, mit Säbel und einem mit Löwenhaaren verzierten Zweispiß auf dem Kopf aus dem Sonderzug trat, begrüßten ihn Kanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss [...] sowie rund 50.000 jubelnde Bürger. In Bonn und anderen Orten erhielten die Schulkinder schulfrei [...] An der Rheinbrücke hat die Stadt Bonn neben den Zuschauern sogar Elefanten und Kamele eines gastierenden Zirkus‘ aufgestellt.“

Kurz darauf schwebte der Schah von Persien ein, dessen Frau Soraya, Tochter einer Berliner Verkäuferin, die westdeutsche Gemüter mehr bewegte als das zunehmend brutale Regime ihres Gatten.

Staat und Wirtschaft suchten Kontakt zu Diktaturen

Viele Länder wollten zunächst wenig mit dem Land zu tun haben, das sechs Millionen Juden planvoll getötet hatte. Doch Staat und Wirtschaft wussten sich zu helfen und suchten

Frank Bösch

Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik

C.H. Beck Verlag

622 Seiten

32,00 Euro

Kontakte zu autoritär regierten Staaten, darunter Spanien und Portugal und bald auch in Lateinamerika und Nahost. Bösch zitiert dazu einen Diplomaten, der bereits während des Hitler-Regimes dabei war, und in den 50ern von seinen Botschafts-Stationen in Madrid und Buenos Aires schwärmte:

„... welch' hohes Maß an Achtung Deutschland trotz oder wegen des verlorenen Krieges genießt. Die Siege der deutschen Truppen, die Namen der einzelnen Heerführer sind überall noch in Erinnerung. Dass all das mit einer fürchterlichen Niederlage endete, scheint keine Rolle zu spielen, ja eher Sympathien einzubringen. Seltsamerweise verblassen demgegenüber auch all die Gräueltaten, die im deutschen Namen durch Deutsche begangen wurden.“

... zitiert Bösch, Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam. So wurden ausgerechnet Militär-Diktaturen und antiisraelische Regimes zu Premiumpartnern. Deutschland habe ihnen Panzer, Atomtechnik oder Chemiefabriken geliefert, solange sie nur stramm gegen den Kommunismus standen oder der Bundesrepublik als Öllieferant nützlich waren, wie Libyen und sein Herrscher Muammar al-Gadaffi.

Kontrolle und Steuerung der Presse

Was bei Böschs Darstellung hinzukommt: Insbesondere aus den Akten des Auswärtigen Amtes spricht neben offener Sympathie für Autokraten der Duktus kultureller Überlegenheit. Die meisten Staaten südlich der Bundesrepublik waren von der hohen Warte deutscher Diplomatie aus nicht reif für eine Demokratie. So hieß es 1958 über Franco-Spanien, dass es ... „aufgrund des spanischen Volkscharakters und der historischen Entwicklung sehr problematisch erscheint, ob eine schnelle Entwicklung zu einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster im wahren Interesse des spanischen Volkes liegen würde.“

Ähnliche Äußerungen fand Bösch zu den Diktaturen in Portugal und Griechenland, dann zu Chile und Argentinien. Bedenken in Bezug auf die Geschäfte kamen, wenn überhaupt, aus der Zivilgesellschaft und vereinzelt aus SPD und CDU. Bösch schildert zudem wie Innen- und Außenministerium versuchten, Presse und Rundfunk zu steuern und Kritik an Diktatoren hart zu bestrafen. So habe das Amt die Deutsche Welle massiv an kritischen Kommentaren zur griechischen Militärdiktatur behindert. Stattdessen sollten die Athener Obristen Sendezeit im deutschen Radio bekommen oder das ZDF zu Folklore-Sendungen von den Inseln bewegt werden. Im Falle der argentinischen Diktatur, einem Folterregime, das seine Gegner zehntausendfach verschwinden ließ, empfahl das Auswärtige Amt ...

„eine von uns finanzierte Fernsehproduktion, in der die Streitkräfte als Motor des gesellschaftspolitischen Fortschritts und Garanten staatlicher Ordnung in den lateinamerikanischen Staaten geschildert werden.“

Soziale Bewegungen brachten die Wende

Damals regierten in Bonn die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. Zu ihrer Zeit wuchsen deutsche Rüstungsexporte auf Höchststände. Iran, Brasilien und Argentinien bekamen deutsche Atomkraftwerke. Immerhin blieb Brandt einmal ostentativ im Flugzeug sitzen, als ihn bei einer Zwischenlandung in Athen eine Delegation der Junta begrüßen

wollte. Böschs hochspannendes Buch ist eine Studie zum kalten Pragmatismus der Nachkriegsregierungen. Die Selbstbeherrschung des Autors beim Schildern zuweilen empörender Umstände ist zu bewundern, etwa wenn er von deutsch-chilenischer Kollaboration bei der Folter-Farm Colonia Dignidad schreibt oder über deutsche Giftgasprodukte für Iran, Irak, Syrien und Libyen.

Erst das Aufkommen sozialer Bewegungen brachte gewisse Veränderungen. Studentenproteste gegen Schah-Besuche und Staatswillkür in Korea sowie kirchliches Engagement für Verhaftete und Folteropfer in Lateinamerika wirkten bremsend. Bösch schreibt:

„In der Bundesrepublik entstanden vor allem in den Universitätsstädten viele Gruppen, die sich gegen die Diktaturen engagierten. Eine Schlüsselrolle nahm dabei Amnesty International ein. [...] Amnesty förderte maßgeblich ein universelles Verständnis von Menschenrechten. Dass um 1970 gut 40 Prozent aller weltweiten Amnesty-Gruppen aus der Bundesrepublik stammten, erklärt sich sicher auch aus der NS-Vergangenheit: Die jüngere Generation wollte das Versagen der Eltern durch aktive Hilfe für Diktatur-Opfer kompensieren.“

Der Autor, der das Amnesty-Archiv auswerten konnte, sieht das als Motor von Veränderungen. Ebenso wie das Aufkommen der Grünen, die etwa gegenüber der SED-Herrschaft in Ost-Berlin klarer auftraten als viele westdeutsche Politiker zuvor. Dennoch blieben bis in jüngste Zeit dubiose Geschäfte mit Autokraten Teil des nun gesamtdeutschen Regierungshandelns. Erst kürzlich hat Außenministerin Annalena Baerbock von den Grünen sich in diese Kontinuität eingereiht, indem sie offensiv für den Verkauf von Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien eintrat.